

Wetzlar, 13. März 2007

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses
Sitzung Nummer	6/2006-2011
Datum	28.02.2007
Sitzungsbeginn	13:30
Sitzungsende	16:30
Ort	Großer Sitzungssaal, Wetzlar

Teilnehmer/innen

FUNKTION	NACHNAME, VORNAME	IN VERTRETUNG FÜR	FRAKTION
Vorsitzender	Müller, Hartmut		CDU
Ausschussmitglied	Anschütz, Hans-Günter		FWG
Ausschussmitglied	Beer, Alexander		CDU
Ausschussmitglied	Beimborn, Regina		SPD
Ausschussmitglied	Bender, Matthias		CDU
Ausschussmitglied	Benner, Hans		SPD
Ausschussmitglied	Egler, Beatrix		SPD
Ausschussmitglied	Förster, Eckehard		SPD
Ausschussmitglied	Fünfsinn, Anja		CDU
Ausschussmitglied	Hartert, Holger		SPD
Ausschussmitglied	Rompf, Manfred		Bgo/DieGrünen
Ausschussmitglied	Schmidt, Joachim		FDP

Ausschussmitglied	Valet, Axel		FWG
Ausschussmitglied	Hüsken, Wilfried	<i>Jörg-Michael Müller</i>	CDU
es fehlt entschuldigt	Kreck, Matthias Gerhard		CDU
es fehlt entschuldigt	Müller, Jörg Michael		CDU
Kreistagsabgeordneter	Lenzen, Jürgen		CDU
Mitglied des Ältestenrates	Esch, Roland		FWG
Mitglied des Ältestenrates	Froneberg, Walter		SPD
Mitglied des Ältestenrates	Hartmann, Anke		SPD
Mitglied des Ältestenrates	Hensgen, Christel		SPD
Mitglied des Ältestenrates	Kornmann, Sigrid		FDP
Mitglied des Ältestenrates	Ludwig, Jörg		FWG
Mitglied des Ältestenrates	Müller, Elisabeth		CDU
Mitglied des Ältestenrates	Steinruck, Dieter		CDU
Landrat	Schuster, Wolfgang		SPD
Erster Kreisbeigeordneter	Hofmann, Wolfgang		FWG
Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter	Wegricht, Roland		SPD
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter	Kaufmann-Ohl, Günther		Bgo/DieGrünn
Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete	Hilk, Helene		SPD
Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete	Landau, Ursula		CDU
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter	Jackel, Hans		CDU

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter	Reinschmidt, Wolfgang	FWG
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter	Weber, Bernd	FWG
Schriftführerin	Biehl-Schneider, Marina	
Von der Verwaltung	Chil, Julia	
Von der Verwaltung	Cloos, Karl	
Von der Verwaltung	Gail, Reiner	
Von der Verwaltung	Granzer, Ulrike	
Von der Verwaltung	Heege, Rupert	
Von der Verwaltung	Jochem, Ulrich	
Von der Verwaltung	Koob, Thomas	
Von der Verwaltung	Kreuter, Andreas	
Von der Verwaltung	Kröckel, Dieter	
Von der Verwaltung	Lein, Hans-Martin	
Von der Verwaltung	Neumann, Dieter	
Von der Verwaltung	Orth, Manfred	
Von der Verwaltung	Peter, Thomas	
Von der Verwaltung	Reese, Rüdiger	
Von der Verwaltung	Schäfer, Joachim	
Von der Verwaltung	Schreiner, Klaus	
Von der Verwaltung	Schulz, Helmut	
Von der Verwaltung	Strack-Schmalor, Reinhard	
Von der Verwaltung	Stumpf, Hans-Joachim	
Von der Verwaltung	Wagner, Manfred	

Tagesordnung

TOP 1

Anerkennung der Niederschrift über die 4. Sitzung am 05.12.2006

TOP 2

Berichtswesen Kernverwaltung; Zwischenbericht 4. Quartal 2006
Drucksache 67/2007

TOP 3

4. Wirtschaftsbericht der LDA 01.10. - 31.12.2006
Drucksache 66/2007

TOP 4

4. Wirtschaftsbericht AEWLD vom 01.10. - 31.12.2006
Drucksache 56/2007

TOP 5

4. Wirtschaftsbericht vom 1.10. - 31.12.2006 der "Grube Fortuna"
Drucksache 58/2007

TOP 6

4. Quartalsbericht 2006 der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Ausbildungs- und
Beschäftigungsinitiativen mbH
Drucksache 68/2007

TOP 7

3. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH
Drucksache 69/2007

TOP 8

4. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH
Drucksache 70/2007

TOP 9

Entwurf Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan;
hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden
Drucksache 59/2007

TOP 10

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises mit Anlagen sowie der
Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr/Wirtschaftsjahr
2007;

1. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD),
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk
„Grube Fortuna“ für das Wirtschaftsjahr 2007
2. Investitionsprogramm des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 - 2010
3. Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das
Haushaltsjahr 2007
4. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzepts des Lahn-Dill-Kreises
- Fortschreibung 2007 -

Drucksache 8/2007-1

TOP 11

Kreditvertragliche Fixierung eines weiteren Kassenkredites als Kommunalkredit über insgesamt 30 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren
Drucksache 47/2007

TOP 12

Durchführung von Arbeitsanforderungsbewertungen

TOP 13

Verschiedenes

Ausschussvorsitzender H. Müller eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Er macht darauf aufmerksam, dass die Tagesordnung um die Punkte 2 – 8 nachträglich ergänzt wurde. Der bisherige Tagesordnungspunkt 2 und die Folgenden verschieben sich entsprechend. Bei der Ergänzung der Tagesordnung handelt es sich um die Quartalsberichte, die wie in der vorherigen Sitzung des HFO besprochen, zeitnah behandelt werden sollen.

Im Anschluss an die Quartalsberichte der Eigenbetriebe werden die jeweiligen Haushaltspläne beraten.

Er geht auf das Schreiben von Landrat Schuster zu dem 4. Quartalsbericht der Kernverwaltung ein, in welchem gebeten wird, Fragestellungen zu dem Quartalsbericht im Vorfeld schriftlich oder per Mail an das Büro der Kreisorgane bis spätestens 3 Tage vor der Ausschusssitzung einzureichen. Diese Verfahrensweise hält er für nicht praktikabel. Fragestellungen sollten in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses erfolgen.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, sie gilt somit als genehmigt.

Als Tischvorlagen wurden verteilt:

1. Die Zusammenstellung der Änderungsanträge zum Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007,
2. Eine Liste der Änderungen und Ergänzungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007 (mit den eingearbeiteten Änderungen des Kreisausschusses) sowie
3. Ein Antrag der CDU-Fraktion zum Haushaltssicherungskonzept 2007.
4. Der 4. Quartalsbericht der Lahn-Dill-Kliniken GmbH (Drucksache Nr. 70/2007).

Die Protokollierung erfolgt der besseren Übersicht halber in der Reihenfolge der angegebenen Tagesordnungspunkte.

Zu TOP 1

Anerkennung der Niederschrift über die 4. Sitzung am 05.12.2006

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben, sie gilt somit als genehmigt.

Zu TOP 2

Berichtswesen Kernverwaltung; Zwischenbericht 4. Quartal 2006
Drucksache 67/2007

Frau Müller interessiert, warum die auf Seite 7 aufgeführten Erlöse aus den Verkäufen Philosophenweg 11 und Leipziger Straße 9 in Albshausen nicht zur Schuldentilgung verwendet werden. Nach ihrer Kenntnis ist dies vorgeschrieben. Da das Geld anderweitig verplant ist, möchte sie wissen, ob diesbezüglich Schwierigkeiten mit dem Regierungspräsidenten zu erwarten sind.

Laut **Landrat Schuster** wird dies mit dem Regierungspräsidenten noch zu klären sein.

Herr Kröckel ergänzt, dass der von Frau Müller angesprochene Erlass des Innenministeriums aus dem Jahr 2003 für den Lahn-Dill-Kreis nicht unmittelbar gilt, da er für Kommunen mit kameraler Rechnungslegung ausgelegt ist. Es ist allerdings im Kontext des Erlasses auch nicht vorgesehen, dass die im Zwischenbericht ausgewiesenen außerordentlichen Erträge nunmehr zur Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen verwendet werden sollen. Es werden lediglich die im Rahmen der Deckungsfähigkeit die aus Vorjahren noch verfügbaren Planansätze für die Instandhaltung des Gebäudes Philosophenweg zur Finanzierung der Kreishaussanierung herangezogen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Ausschussvorsitzender H. Müller** fest, dass der 4. Quartalsbericht der Kernverwaltung **zur Kenntnis genommen** wird.

Zu TOP 3

4. Wirtschaftsbericht der Lahn-Dill-Akademie 01.10. - 31.12.2006
Drucksache 66/2007

Der 4. Quartalsbericht der Lahn-Dill-Akademie (Drucksache Nr. 66/2007) wird **zur Kenntnis genommen**.

Teil des Tagesordnungspunktes 10:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebes Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung für das Wirtschaftsjahr 2007 zu und empfiehlt dem Kreistag, diesen so zu beschließen.

Dem Entwurf des Wirtschaftsplanes wird bei 3 Stimmenthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Zu TOP 4

4. Wirtschaftsbericht AEWLD vom 01.10. - 31.12.2006
Drucksache 56/2007

Der 4. Quartalsbericht der Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill wird **zur Kenntnis genommen**.

Teil des Tagesordnungspunktes 10:

Wirtschaftsplan Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill-Kreis

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebes Abfall- und Energiewirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2007 zu und empfiehlt dem Kreistag eine entsprechende Beschlussfassung.

Dem Entwurf des Wirtschaftsplanes wird bei 7 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Zu TOP 5

4. Wirtschaftsbericht vom 1.10. - 31.12.2006 der "Grube Fortuna"
Drucksache 58/2007

Der 4. Wirtschaftsbericht der „Grube Fortuna“ wird **zur Kenntnis genommen**.

Teil des Tagesordnungspunktes 10:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Besucherbergwerk „Grube Fortuna“

Herr Steinruck beantragt für die CDU-Fraktion, die Investition mit einem Sperrvermerk zu versehen, zumal im zuständigen Fachausschuss beantragt wurde, bis zum Jahre 2010 bzw. 2014 ein Konzept zu entwickeln.

Ausschussvorsitzender H. Müller lässt über den **Antrag der CDU-Fraktion** abstimmen:

Dem Antrag wird bei 8 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Ausschussvorsitzender H. Müller ergänzt, dass der Sperrvermerk durch den Kreistag aufgehoben werden sollte.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Besucherbergwerk „Grube Fortuna“ für das Wirtschaftsjahr 2007 abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebes Besucherbergwerk Grube Fortuna für das Wirtschaftsjahr 2007 in der vom Kreisausschuss mit Drucks. Nr. 52/2007 vorgelegten Neufassung zu und empfiehlt dem Kreistag, diesen in dieser Form zu beschließen.

Dem Entwurf des Wirtschaftsplanes wird bei 6 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt.**

Zu TOP 6

4. Quartalsbericht 2006 der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen mbH
Drucksache 68/2007

Frau Müller interessiert, warum die Geschäftsführung für das Jahr 2007 wiederum 40.000 Euro einplant, obwohl seit einigen Jahren durch die Aufgaben der „Hartz-IV-Empfänger“ höhere Gewinne eingefahren werden. Nach ihrer Auffassung sollte man sich der Realität stellen und entsprechend den Tatsachen planen, zumal die Ergebnisse nicht in den Haushalt des Lahn-Dill-Kreises fließen, sondern als Rücklagen in der Gesellschaft aufgebaut werden. Man sollte anstreben, die Zuschüsse des Kreises mehr abzubauen als derzeit vorgesehen.

Herr Cloos erklärt hierzu, dass die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr sehr positiv war, aus diesem Grund wurde vorgeschlagen, den Gesellschafterzuschuss entsprechend anzupassen. Für das Jahr 2007 ist seitens der Geschäftsführung der Lahn-Dill-Arbeit mitgeteilt worden, dass die Mittel für den Eingliederungszuschuss „SGB II– Arbeitsgelegenheiten“ gekürzt wurden. Die Kürzung muss mit ca. 20 % in die Arbeitsgelegenheiten hinein transportiert werden.

Laut **Frau Müller** kann im Nachhinein erst festgestellt werden, was an Überschuss vorhanden ist. Man hat im Aufsichtsrat bisher noch nicht den Mut gefunden, Rücklagen in der Höhe anzusammeln, dass an den Kreis ausgeschüttet werden kann. Gegenüber dem Regierungspräsidium wird ein „negativer“ Haushalt präsentiert, in diesem Teilbereich werden Rücklagen angesammelt, die beim Lahn-Dill-Kreis unter Umständen benötigt werden. Sie regt an, die Zeitmechanismen in dieser Angelegenheit zu verbessern.

Herr Cloos erklärt, wenn festgestellt wird, dass die GWAB die Kosten in eigener Regie tragen kann, wird der Gesellschafterzuschuss nicht angefordert.

Frau Müller entgegnet, dass der Gesellschafterzuschuss in der Vergangenheit immer angefordert wurde.

Herr Cloos erinnert, dass der Gesellschafterzuschuss von 317.000 Euro auf 190.000 Euro heruntergeschraubt wurde. In dem vergangenen Haushaltsjahr wurde er für das 4. Quartal nicht angefordert. Für 2007 ist bereits eine andere Regelung vorgesehen.

Frau Beimborn weist darauf hin, dass es aufgrund der „Hartz IV-Gesetzgebung“ bei der GWAB nicht möglich war, nach der von Frau Müller vorgeschlagenen Weise vorzugehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Ausschussvorsitzender H. Müller** fest, dass der 4. Quartalsbericht der GWAB **zur Kenntnis genommen** wird.

Zu TOP 7

3. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH
Drucksache 69/2007

Beratung erfolgt zusammen mit TOP 8.

Zu TOP 8

4. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH
Drucksache 70/2007

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann erklärt, dass der 4. Quartalsbericht der Lahn-Dill-Kliniken GmbH als vorläufiger Jahresabschluss vorliegt. Erfreulich ist, dass ein -wenn auch nicht überwältigender-, so doch positiver Abschluss vorgelegt werden kann. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Hochwasserschaden in 2006.

Frau Müller bittet, der besseren Übersicht wegen künftig Planzahlen und Rechnungsergebnis nebeneinander aufzuführen. Sie interessiert, warum die „sonstigen betrieblichen Erträge“ so massiv gestiegen sind. Geplant waren 9,4 %, tatsächliche Zahl ist 12 %.

Herr Kreutzer erklärt dies damit, dass die Leistungen der Apotheke außerplanmäßig gestiegen sind.

Herr Schmidt sieht die Quartalsberichte der Kliniken im Vergleich zu denen der anderen Eigenbetriebe als stark abfällig an. Aus den von Herrn Dworaczek erstellten Quartalsberichten sind z. B. bestimmte Risiken erkennbar. Die Quartalsberichte der Lahn-Dill-Kliniken GmbH hält er für wenig aussagekräftig.

Herr Bender stimmt Herrn Schmidt zu. Er geht davon aus, wenn der Plan für 2007 erstellt wird, wird vom „Ist“ aus 2006 ausgegangen, nicht von der Planung für 2006. Somit ist die Erklärung, dass die Steigerung in 2006 durch die Apotheken entstanden ist, für ihn nicht befriedigend.

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann erklärt, dass sich die Angelegenheit im Apothekenbereich sehr sprunghaft entwickelt. Das hängt damit zusammen, dass die Apotheken der Lahn-Dill-Kliniken viele andere Häuser beliefern, wozu Verträge geschlossen werden müssen.

Frau Müller geht auf den dem Haushaltsplan anhängenden „voraussichtlichen Erfolgsplan der Lahn-Dill-Kliniken für 2007“ ein. Im vergangenen Jahr wurde ein voraussichtliches Erfolgsergebnis von 50.000 Euro geplant, jetzt ist ein Minus von 513.000 Euro geplant. Sie bittet, dies kurz zu erläutern.

Herr Kreutzer erklärt, dass der Erfolgsplan im Sommer 2006 erstellt wurde. Die damaligen Grundlagen, insbesondere die Ankündigung der Bundesregierung, im Rahmen der Gesundheitsreform den Krankenhäusern einen Solidarbeitrag von 1,5 % (für die Lahn-Dill-Kliniken ca. 1,4 – 1,5 Mill. €) aufzuerlegen, zudem die außerordentliche Steigerung der Personalkosten aufgrund der Tarifergebnisse für die Mitarbeiter im Tarifbereich des TVöD ließen die Planung eines positiven Jahresergebnisses nicht zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Ausschussvorsitzender H. Müller** fest, dass der 3. und der 4. Quartalsbericht der Lahn-Dill-Kliniken GmbH **zur Kenntnis genommen** werden.

Zu TOP 9

Entwurf Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan;
hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden
Drucksache 59/2007

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, stellt **Ausschussvorsitzender H. Müller** fest, dass die Drucksache Nr. 59/2007 **zur Kenntnis genommen** wird.

Zu TOP 10

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises mit Anlagen sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr/Wirtschaftsjahr 2007;

1. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD), Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk „Grube Fortuna“ für das Wirtschaftsjahr 2007
2. Investitionsprogramm des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 - 2010
3. Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007
4. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzepts des Lahn-Dill-Kreises - Fortschreibung 2007 -

Drucksache 8/2006 – 1

Landrat Schuster erklärt, dass die vorliegende Liste „Änderungen und Ergänzungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007“ am 10. Januar 2007 vom KA beschlossen wurde.

Ausschussvorsitzender Müller lässt über die Liste

Änderungen und Ergänzungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007

beraten.

Zu Seite 5 der Änderungsliste vom 10.01. – Änderungen Investitionsprogramm – möchte **Frau Müller** wissen, was bei VE (Verpflichtungsermächtigungen) unter der aufgeführten Teilnahme am EU-Förderprogramm zur Unterstützung von Betriebsgründungen im Lahn-Dill-Kreis geplant ist.

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann erklärt, dass das frühere sogenannte „Ziel-Zwei-Gebiet“ der EU-Förderung auf ganz Hessen ausgeweitet wurde. Wenn sich der Lahn-Dill-Kreis daran beteiligen möchte, setzt das voraus, dass ein Beitrag geleistet wird. Dadurch besteht die Möglichkeit der Beteiligung an dem Fond zur Förderung von Unternehmensgründungen.

Frau Müller erinnert an die seitherige Argumentation, dass dies für den Lahn-Dill-Kreis keinen Sinn mache.

Laut **Ersten Kreisbeigeordneter Hofmann** umfasste das „Ziel-Zwei-Gebiet“ bis zum vergangenen Jahr lediglich Wetzlar und Gießen, und wurde jetzt hessenweit ausgeweitet. Somit kommt die EU-Förderung dem gesamten Kreis zugute. Es wird ein einmaliger Beitrag in Höhe von 250.000 Euro in den Fond eingebracht.

Landrat Schuster erklärt beziehungsweise auf EU-Förderungen zu Seite 1 der Änderungsliste, Teilhaushalt 24, dass zu dem genannten Betrag von 21.271 Euro die Einnahmen auf 70 % erhöht wurden. Es wird künftig lediglich noch 3 Fonds geben: Einen Fond für die regionale Entwicklung, einen europäischen Sozialfond und einen dritten Fond, aus dem Direktzahlungen an Landwirte erfolgen werden. Nach den Richtlinien des Landes und der EU bedarf es eines regionalen Entwicklungskonzeptes, um die Zuschüsse zu erhalten. Dieses regionale Entwicklungskonzept muss bis zum 31.08. dieses Jahres erstellt sein. Der Kreisausschuss hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, hierzu eine Lenkungsgruppe einzurichten.

Herr Beer interessiert, wer Absender des laut Landrat Schuster vor ca. 3 -4 Wochen eingegangenen Schreibens war.

Landrat Schuster antwortet, die IBH-Bank als EU-Zahlstelle.

Herr Reese ergänzt, dass der Zuschuss der IBH-Bank von 70 % am 20.02 zugesagt wurde.

Ausschussvorsitzender H. Müller lässt über die
„Zusammenstellung der Änderungsanträge zum Entwurf der Haushaltssatzung
und des Haushaltsplanes des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007“
beraten.

Landrat Schuster erklärt die einzelnen Anträge des Kreisausschusses und des Landrates.

Zu Antrag Nr. 7 der Koalitionsfraktionen erklärt **Herr Rompf**, dass die im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage um nochmalige 0,25 % nicht umgesetzt werden sollte. In diesem Zusammenhang verweist er auf ein Schreiben des Hessischen Innenministers an die Städte und Gemeinden, in welchem mitgeteilt wird, dass das Regierungspräsidium gebeten wurde, die kreisangehörigen Kommunen nicht durch aufsichtsbehördlich veranlasste Hebesatzerhöhungen zusätzlich finanziell unter Druck zu setzen. Die Auswirkungen des kommunalen Finanzausgleichs sollten abgewartet und bewertet werden.

Landrat Schuster erklärt, dass die 0,25 %-ige Erhöhung der Kreisumlage aufgrund der Verfügung des Regierungspräsidiums eingebracht wurde.

Frau Müller erinnert, dass von Beginn an bekannt war, dass die Kreisumlage um diese 0,25 % angehoben werden soll. Auch in der Einbringungsrede des Landrates zum Haushaltsplan wird diese Erhöhung begründet.

Herr Rompf bestätigt, dass der Kreisausschuss den Entwurf dargestellt und aufgrund der Auflagen des Regierungspräsidenten auch begründet hat. Die Koalitionsfraktionen kommen allerdings zu dem politischen Entschluss, dass dies anders gesehen werden muss.

Frau Hartmann bittet, sich die Rechnungsgrundlage anzusehen, die die Landesgesetzgebung den Kommunen auferlegt.

Herr Beer sieht hier einen Schlingerkurs der Koalitionsfraktionen. Die CDU-Fraktion wird bei diesem Kurs nicht mitmachen.

Herr Schmidt erinnert, dass in dem Vorbericht zum Haushalt die Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes beschrieben sind. Es handelt sich um zwei verschiedene Dinge, das eine ist der vom Landrat und Kreisausschuss eingebrachte Haushaltsentwurf, das andere ein Antrag von Fraktionen. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen, zumal sie der Anhebung der Kreisumlage seinerzeit nicht zugestimmt hat.

Herr Steinruck erinnert, dass die Opposition in den vergangenen Jahren immer wieder aufgefordert wurde, bei Anträgen mit finanziellen Auswirkungen Gegenfinanzierungen vorzuschlagen. In dem der Fehlbedarf erhöht wird, handelt es sich um eine sehr einfache Gegenfinanzierung.

Dem Vorschlag von **Landrat Schuster**, die Anträge 1 – 6 „en Bloc“ abstimmen zu lassen, wird nicht zugestimmt.

Ausschussvorsitzender H. Müller lässt somit über die Anträge einzeln abstimmen.

Antrag Nr. 1

Dem Antrag wird bei 8 Stimmenthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 2

Dem Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 3

Dem Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 4

Dem Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 5

Dem Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 6

Dem Antrag wird bei 6 Stimmenthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 7

Dem Antrag wird bei 6 Gegenstimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Antrag Nr. 8

Herr Steinruck erklärt, dass es bei dem Antrag um die Erhöhung der Zuschüsse um jeweils 5.000 Euro für das Zentrum für Literatur und das Zentrum für Mathematik geht.

Es wird davon ausgegangen, dass beide Zentren dringend zusätzliche Mittel benötigen.

Herr Schmidt und **Frau Kornmann** sind der Auffassung, solange man nicht weiß, wie die Mittel abfließen, sollte keine Erhöhung erfolgen.

Auch **Frau Hartmann** ist der Meinung, dass keine Erfahrungswerte vorliegen.

Herr Wegracht wirft ein, dass Anträge auf Erhöhung von keinem der beiden Zentren vorliegen.

Frau Müller erwidert, dass das Zentrum für Mathematik mitgeteilt hat, dass mehr Anträge vorliegen, als mit den zur Verfügung stehenden Mitteln übernommen werden können. Das Zentrum für Literatur kümmert sich sehr stark um Schüler, mit Leseschwäche, vor allem in sozial schwachen Familien. Das war aus der Zeitung zu entnehmen. Von deren Seite wurde gegenüber der CDU-Fraktion bereits mehrfach mitgeteilt, dass mehr Zuschüsse benötigt werden. Beide Einrichtungen leisten eine hervorragende Arbeit, nicht nur in der Förderung von begabten Schülern, sondern auch bei der Förderung bildungsarmer Schichten.

Frau Hartmann betont nochmals, dass beide Institutionen Möglichkeiten haben, ihre Forderungen einzubringen.

Frau Beimborn erinnert, dass andere Institutionen sich in den jeweiligen Gremien vorgestellt haben. So konnte man sich über deren Arbeit einen Eindruck verschaffen. Sie hätte das auch in diesen beiden Fällen für gut befunden. Sie schlägt vor, im Vorfeld für die Haushaltsplanberatungen des kommenden Jahres so zu verfahren. Für dieses Haushaltsjahr sieht sie keine Möglichkeit auf Erhöhung der Zuschüsse.

Auch **Herr Förster** hält die Tatsache, dass über die Zentren in der Zeitung zu lesen war, für nicht ausreichend. Es hätte seitens der Institutionen ein Antrag gestellt werden müssen, dann hätte man darüber reden können.

Frau Müller entgegnet, dass sie in beiden Zentren persönlich war, was sie auch der SPD-Fraktion empfiehlt.

Herr Steinruck erinnert, dass Informationen in der Zeitung auch bei anderen Angelegenheiten zum Anlass genommen wurden, Entscheidungen zu treffen. Nicht immer haben Institutionen Anträge gestellt. Auch in der Vergangenheit wurde es häufig so gehandhabt, dass sich Fraktionen über Angelegenheiten informieren und entsprechende Anträge einbringen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei 9 Gegenstimmen und 6 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Nr. 9

Laut **Frau Müller** ist der CDU-Fraktion nicht klar, warum externe Organisationen bemüht werden sollen. Sie erinnert, dass im Jahr 2000 bei Einführung der Doppik eine umfangreiche Neustrukturierung der Organisation stattgefunden hat.

Herr Rompf erinnert, dass man sich darauf verständigt hat, eine moderne Verwaltung aufzubauen. Dazu wird externer Rat benötigt. Es ist notwendig, dass alle Aufgaben auf den Prüfstand kommen und dann entschieden wird, wie die Verwaltung effizienter gestaltet werden kann.

Herr Schmidt teilt mit, dass die geplante Vorgehensweise von der FDP-Fraktion unterstützt wird. Es geht darum, die vorhandenen Mittel so effizient wie möglich einzusetzen, was unterm Strich zu Einsparungen führen wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen:

Der Antrag wird bei 9 Gegenstimmen und 6 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Nr. 10

Frau Müller hält den im Haushalt eingebrachten Ansatz von 25.000 Euro für Mädchenarbeit für zu hoch. Der Betrag resultiert nach ihrer Auffassung aus einer inzwischen überholten Denkweise. In früheren Jahren ist man davon ausgegangen, dass Mädchen stärker gefördert werden müssen, da sie im Berufsleben benachteiligt waren. Die Situation hat sich verändert, inzwischen werden die Jungen zu den Sorgenkindern. Ziel des Antrages ist nicht, die Mädchen zu bestrafen, sondern die Entwicklung im Haushaltsplan widerzuspiegeln. Sie betont, dass die CDU-Fraktion auch damit einverstanden wäre, einen Teil der 27.000 Euro mit einem Sperrvermerk zu belegen. Es müsste ein neues Konzept von Fachleuten vorgelegt werden.

Frau Hartmann entgegnet, dass es noch immer Bereiche gibt, wo Mädchen eindeutig benachteiligt sind. Einem Antrag, Mittel für „Jungenarbeit“ einzusetzen, hätte die SPD-Fraktion zustimmen können. Einer Streichung der Mittel für „Mädchenarbeit“ kann nicht zugestimmt werden.

Herr Rompf hält es für gut, sich der gesamten Problematik zu stellen. Aus Sicht seiner Fraktion ist es nicht sinnvoll, die eingebrachten Mittel zu reduzieren. Für die Diskussion, neben der Förderung der Mädchenarbeit auch Jungen zu fördern, ist seine Fraktion offen. Es sollte für den nächsten Haushalt überlegt werden, sowohl Mittel als auch Titel zu ändern.

Frau Beimborn erklärt, dass es im Lahn-Dill-Kreis lediglich einen Träger gibt, der diese Arbeit für den Lahn-Dill-Kreis leistet. Um nicht jedes Jahr neu über die Mittel diskutieren zu müssen, wurde ein Konzept erarbeitet. Es wäre notwendig, die Mädchenarbeit auch auf den nördlichen Lahn-Dill-Kreis auszuweiten. In Zukunft wird die Frage lauten, wie viel für geschlechtergerechte Jugendarbeit investiert werden kann. Aufgrund der Entwicklung in den letzten Jahren muss auch für Jungenarbeit etwas getan werden.

Herr Schmidt sieht durch die Diskussion die Probleme in der Jugendarbeit nicht weniger werden, so dass nach seiner Meinung nicht darüber geredet werden sollte, Geld einzusparen. Der Antrag in der vorliegenden Form kann von seiner Fraktion nicht mitgetragen werden.

Für **Herrn Beer** besteht hier ein altes Rollenbild. Er wiederholt, dass die CDU-Fraktion bereit ist, ihren Antrag zu modifizieren. Unter dem Oberbegriff „geschlechterspezifische Jugendarbeit“ darf es nicht sein, dass lediglich Mädchenarbeit bezuschusst wird.

Laut **Herrn Steinruck** deuten alle Entwicklungen im Bildungswesen darauf hin, dass Mädchen aufgeholt haben. 53 % der Abiturienten sind derzeit Mädchen.

Frau Hartmann geht auf einen Hinweis von Herrn Steinruck ein, dass in den Grundschulen die Führungspositionen überwiegend von Frauen bekleidet werden und erwidert, dass, je weiter man die Pyramide hochklettert, immer weniger Frauen in Führungspositionen zu finden sind.

Frau Beimborn teilt mit, dass auch im Jugendhilfeausschuss diese Diskussion stattfand und sie hält es für sinnvoll, Fachleute heranzuziehen, die die aktuelle Entwicklung erklären können. Sie nennt verschiedene Möglichkeiten, wo man sich Informationen holen kann.

Frau Müller betont, dass der CDU-Fraktion nicht daran gelegen ist, die Mädchenarbeit in Abrede zu stellen. Da aus der Diskussion deutlich wurde, dass keine Möglichkeit besteht, den Betrag von 27.000 Euro zwischen Jungen und Mädchen aufzuteilen, wird der Antrag folgendermaßen umformuliert:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Betrag von 15.000 Euro für die Jungenarbeit in den Haushalt einzustellen. Das Konzept über die geschlechtergerechte Jugendarbeit ist vorzulegen, außerdem wird der Kreisausschuss beauftragt, einen entsprechenden Träger für die Jungenarbeit zu suchen“.

Nach Meinung von **Herrn Ludwig** ist bei den Ausschussmitgliedern die nötige Fachkenntnis nicht vorhanden. Auch der modifizierte Antrag der CDU-Fraktion wird der Sache nach seiner Auffassung nicht gerecht.

Frau Müller erinnert, dass sich eine Anzahl von Kreistagsabgeordneten in der Vergangenheit intensiv mit dem Thema beschäftigt haben.

Frau Beimborn teilt mit, dass ein solcher Auftrag dem Fachausschuss der Jugendhilfeplanung vorliegt, dessen Stellungnahme sollte abgewartet werden. Im Jugendhilfeausschuss hat man sich darauf geeinigt, den für dieses Haushaltsjahr eingestellten Betrag für die Mädchenarbeit zu belassen, und für das nächste Haushaltsjahr das Konzept „geschlechtergerechte Jugendarbeit“ umzusetzen.

Herr Schmidt schlägt nach der Mitteilung von Frau Beimborn vor, eine neue Variante des Antrages zu erstellen. Die 15.000 Euro sollten mit einem Sperrvermerk versehen eingestellt werden, und es sollte das Ergebnis aus den Fachausschüssen abgewartet werden.

Herr Benner ist der Auffassung, dass über den Ursprungsantrag abgestimmt werden sollte, alle weiteren Vorschläge sollten in den jeweiligen Fachausschüssen beraten werden.

Laut **Herrn Beer** existiert der Ursprungsantrag nicht mehr, da er modifiziert wurde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den modifizierten Antrag abstimmen:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Betrag von 15.000 Euro für die Jungenarbeit in den Haushalt einzustellen. Das Konzept über die geschlechtergerechte Jugendarbeit ist vorzulegen, außerdem wird der Kreisausschuss beauftragt, einen entsprechenden Träger für die Jungenarbeit zu suchen“. Der Betrag wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Dem Antrag wird bei 1 Stimmenthaltung und 1 Gegenstimme **mehrheitlich zugestimmt**.

Antrag Nr. 11

Herr Beer erklärt, dass es die CDU-Fraktion für nicht notwendig ansieht, den vorhandenen Fuhrpark zu erhöhen. Er appelliert besonders an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dem Antrag zuzustimmen, aufgrund der von ihnen vor bereits 20 Jahren bezogenen Position.

Herr Rompf erwidert, auch ein ehrenamtlicher Dezernent hat Termine wahrzunehmen, die nicht alle mit dem ÖPNV zu erreichen sind. Er vertraut dem Kreisausschuss dahingehend, dass Fahrzeuge, die in der heutigen Zeit angeschafft werden, den Normen entsprechen. Seine Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Auch **Frau Hartmann** teilt mit, dass ihre Fraktion den Antrag ablehnen wird.

Herr Schmidt ist der Auffassung, dass geprüft werden sollte, ob innerhalb des vorhandenen Fuhrparks für Herrn Kaufmann-Ohl ein Auto zur Verfügung steht. Der Antrag wird von seiner Fraktion unterstützt.

Landrat Schuster teilt einige Zahlen betreffend der Leasingraten des Fuhrparks des Lahn-Dill-Kreises mit.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Nr. 12

Frau Hartmann erklärt, dass ihre Fraktion diesen Antrag ablehnen wird, da eine Verschlechterung gegenüber dem Land nicht zu akzeptieren ist.

Frau Müller erwidert, dass die CDU-Fraktion lediglich beantragt, die Stelle ehrenamtlich zu besetzen.

Landrat Schuster erklärt, dass nach dem hessischen Gleichstellungsgesetz und nach HGO bzw. HKO verschiedene Stellen besetzt werden müssen. Aufgrund der Anzahl der Bevölkerung müssen beim Lahn-Dill-Kreis 1,5 Stellen im Frauenbüro besetzt werden, tatsächlich besetzt sind 2,5 Stellen. Diese weitere Stelle ist allerdings nur als halbe Stelle anzusehen, da ein Teil der Aufgaben über den Aufgabenbereich hinaus wahrgenommen werden.

Herr Schmidt fügt hinzu, dass auch die Sachbearbeitung zwingend aus dem Gleichstellungsgesetz abzuleiten ist und somit ebenfalls nicht zur Diskussion steht. Außerdem erschließt sich ihm nicht, wie eine halbe Stelle ehrenamtlich besetzt werden kann.

Für **Frau Müller** dienen als Vorbilder der Landkreis Gießen und der Vogelsbergkreis.

Frau Kornmann ist der Auffassung, dass die einige Punkte zuvor beschlossene Strukturanalyse abgewartet werden sollte, bevor etwas verändert wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Nr. 13

Herr Rompf empfiehlt, den Antrag zurückzuziehen, weil man seiner Meinung nach davon ausgehen kann, dass eine ständige Prüfung durch die Verwaltung stattfindet.

Frau Müller erinnert an die Situation vor 3 Jahren, als die neue Telekommunikationsanlage für den Lahn-Dill-Kreis angeschafft wurde. Nachdem auf Bitten der CDU-Fraktion Angebote eingeholt worden waren, konnten 40.000 Euro eingespart werden. Sie betont, dass der Antrag kein Vorwurf gegenüber der Verwaltung sein soll. Der Markt ist ständig in Bewegung und eine Prüfung macht Sinn.

Herr Beer erklärt, dass der Antrag nicht lautet, dass die Verwaltung die Prüfung vornehmen soll sondern der Kreisausschuss.

Herr Steinruck macht durch ein Beispiel deutlich, dass in Einzelverhandlungen mehr erreicht werden kann, als wenn allgemeine Angebote geprüft werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag der CDU-Fraktion zum Haushaltskonsolidierungskonzept

Landrat Schuster weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion mit diesem Antrag davon ausgeht, dass der Haushalt verabschiedet wird.

Frau Müller erinnert an das im Jahr 2003 beschlossene Konsolidierungsprogramm, mit dem Ziel, bei den Personalkosten in dem Zeitraum 2005 – 2009 2 % einzusparen, bei den Sachkosten im gleichen Zeitraum 2,5 %. In den darauffolgenden Haushalten wurde immer dargelegt, ob diese Einsparziele erreicht wurden und wenn nicht, welche Hindernisse dem entgegenstanden. Der Beschluss des Kreistages wurde nie aufgehoben. Sie interessiert, ob die beiden Einsparziele erreicht wurden.

Landrat Schuster bestätigt, dass die Ziele erreicht wurden.

Frau Müller erinnert daran, dass die CDU-Fraktion diesen Beschluss seinerzeit nicht mitgetragen hat. Dann erging gegen den Beschluss eine Klage mit dem Inhalt, dass die Vorgaben des Regierungspräsidenten nicht mit dem Beschluss des Kreistages übereinstimmen. Durch den Antrag möchte die CDU-Fraktion anregen, bei dem Regierungspräsidium eine erneute Eingabe zu tätigen, da es einfacher ist, mit Personalkosten zu arbeiten als mit Stellen.

Für **Herrn Rompf** ist der Antrag nicht zustimmungswürdig, da in der Angelegenheit ein gültiger Kreistagsbeschluss existiert. Er erinnert an die zu erstellende Organisationsstruktur. Seine Fraktion plädiert dafür, den vorhandenen Stellenplan nicht anzutasten.

Herr Benner hält den Antrag für den falschen Weg. Hier soll die Kommunalaufsicht aufgefordert werden, aktiv zu werden, bevor dem Haushaltsplan zugestimmt wurde.

Herr Schmidt erinnert, dass seine Fraktion von Anfang an der Meinung war, dass nicht über Stellen sondern über Budget geredet werden muss. Wenn die Kommunalaufsicht reagiert, muss man eventuell noch einmal aktiv werden, damit auch der Regierungspräsident erkennt, dass nicht mehr das kamerale System angewandt wird.

Landrat Schuster weist darauf hin, wenn man von Stellen weggeht und mit Budget arbeitet, muss bedacht werden, dass es sich bei dem Lahn-Dill-Kreis nicht um eine Firma handelt. Hier sind ganz andere Geschäftsbereiche vorhanden. Es gibt eine Reihe von Pflichtaufgaben. Auch aus diesem Grund wurde von seiner Seite angeregt, das externe Gutachten erstellen zu lassen. Bei vielen Pflichtaufgaben kann nicht mit personalwirtschaftlichen Grenzzahlen aufgewartet werden, diesen Kampf wird er gegenüber dem Regierungspräsidenten aufnehmen.

Herr Beer erinnert an die Aussage von Landrat Schuster, dass die Vorgaben von 2 % Einsparung eingehalten werden. Er kann dies im vorliegenden Haushaltsplan nicht erkennen. Auch im Stellenplan kann er nicht erkennen, wo 9 Stellen gekürzt werden. Kritik, dass dieser

Antrag vor Genehmigung des Wirtschaftsplanes nicht zulässig sei, weist er zurück, da durch den Antrag der Kreisausschuss beauftragt wird.

Frau Müller weist darauf hin, dass der Antrag nicht zum Haushaltsplan sondern zum Haushaltskonsolidierungskonzept gestellt wurde. Der Regierungspräsident soll zu nichts aufgefordert, sondern lediglich gebeten werden, zu überdenken, ob dieser Vorschlag nicht der bessere Weg ist, Personalkosten einzusparen.

Frau Kornmann erinnert, dass ihre Fraktion die Mitinitiatoren des vor Jahren gestellten Antrages war. Sie bittet Landrat Schuster um einen Zwischenbericht.

Herr Kröckel erklärt, die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes aus dem Jahr 2003 ist im Haushaltsplan in der Anlage 1, Seite 333, ausgeführt. Hier steht, dass die Umsetzung des Einsparziels des Kreistagsbeschlusses im Rahmen des Jahresabschlusses 2005 erfolgt, weil erst dann Ist-Kosten nachgewiesen werden können.

Für die Personalkosten ist laut **Landrat Schuster** der Jahresabschluss 2005 (Ist-Zahlen) erforderlich.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei 1 Enthaltung, 8 Nein-Stimmen und 6 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Ausschussvorsitzender H. Müller lässt über die Drucksache 8/2007-1 abstimmen.

Ziffer 1 der Drucksache 8/2007-1

Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD), Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk „Grube Fortuna“ für das Wirtschaftsjahr 2007-03-19

Wurde zusammen mit den jeweiligen Quartalsberichten der Eigenbetriebe behandelt

Ziffer 2 der Drucksache 8/2007-1

Investitionsprogramm des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 – 2010

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf des Investitionsprogramms des Lahn-Dill-Kreises in der vom Kreisausschuss vorgelegten Fassung zu und empfiehlt dem Kreistag, dieses so zu beschließen.

Dem Beschlussvorschlag wird bei 7 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Ziffer 3 der Drucksache Nr. 8/2007-1

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2007 mit Haushaltsplan des Lahn-Dill-Kreises in der vom Kreisausschuss am 10.01.2007 festgestellten Fassung unter Einschluss der vom

Ausschuss am 28.02.2007 beschlossenen Änderungsanträgen zu und empfiehlt dem Kreistag eine entsprechende Beschlussfassung.

Dem Beschlussvorschlag wird bei 7 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt.**

Ziffer 4 der Drucksache Nr. 8/2007-1

Beratung und Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzeptes des Lahn-Dill-Kreises
-Fortschreibung 2007-

Laut **Herrn Beer** werden hier vermeintliche Einsparungen als Haushaltskonsolidierung verkauft. Die auf Seite 12 eingearbeiteten 800.000 Euro sind für ihn hierfür das beste Beispiel. Die CDU-Fraktion hat eine andere Vorstellung von einem Haushaltskonsolidierungskonzept.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes des Lahn-Dill-Kreises – Fortschreibung 2007 – in der vom Kreisausschuss am 10.01.2007 festgestellten Fassung zu und empfiehlt dem Kreistag, dieses so zu beschließen.

Dem Beschlussvorschlag wird bei 7 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt.**

Zu TOP 11

Kreditvertragliche Fixierung eines weiteren Kassenkredites als Kommunalkredit über insgesamt 30 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren

Drucksache 47/2007

- a) Der Kreistag genehmigt die Aufnahme folgender Kassenkredite als Kommunalkredite jeweils mit einer Laufzeit von 5 Jahren:
Vertrag vom 14. 11. 2006 über **17 Mio. €** zu einem Festzinssatz von 3,809 %,
Vertrag vom 29. 11. 2006 über **13 Mio. €** zu einem Festzinssatz von 3,789 %.

- b) Der Kreistag ermächtigt den Kreisausschuss, weitere Beträge bis zur Höhe der in der Haushaltssatzung genehmigten Höchstbeträge der Kassenkredite als Basisliquidität liquiditäts- und zins zusichern, soweit die Vertragslaufzeit über das laufende Haushaltsjahr hinausgeht und die Aufsichtsbehörde keine Einwände erhebt.

Landrat Schuster gibt einige Erklärungen zu der Vorlage.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über die Drucksache Nr. 47/2007 abstimmen.

Der Vorlage wird bei 6 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt.**

Zu TOP 12

Durchführung von Arbeitsanforderungsbewertungen

Ausschussvorsitzender Müller erinnert, dass die Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt mit der Einladung zu der Sitzung des Haupt- Finanz- und Organisationsausschusses am 25. Januar verschickt bzw. am Tag der Sitzung als Tischvorlage verteilt wurden.

Frau Beimborn ist in diesem Schreiben aufgefallen, dass eine sehr hohe Anzahl von anhängigen Verfahren vorliegt. Von den bis Ende 2006 vorliegenden 103 Anträgen sind 20 bearbeitet worden. Ihr ist die Praxis in anderen Verwaltungen nicht geläufig, diese Zahl erscheint ihr allerdings sehr hoch. Sie erinnert an ihre Bitte, die Anträge getrennt nach Männern und Frauen aufzulisten. Auffällig ist, dass immer mehr Frauen Anträge stellen, und im Ergebnis mehr Anträge von Männern bearbeitet werden. Auch das ist für sie unerklärlich und sie bittet um Erläuterung. Die Eingruppierung bei Männern war bei den bearbeiteten Anträgen in Ordnung, 2 Stellen von Frauen sind nicht entsprechend bewertet worden. Sie bittet, diese Unterlagen über die Frauenkommission an die Frauenbeauftragte weiterzuleiten. Für sie ist das hier Dargestellte schockierend.

Landrat Schuster erklärt, dass diese Angelegenheit von der Serviceabteilung Personal erledigt wird, diese Abteilung ist unterbesetzt. Es stehen 15,8 Mitarbeiter für 1.200 Bedienstete zur Verfügung. Daher kann er nicht versprechen, dass die Anträge zeitnah abgearbeitet werden können.

Herr Wagner ergänzt, zum 01. Januar 2006 waren 40 Verfahren anhängig. In den Spalten 2 – 5 ist aufgeführt, aus welchen Jahren die Verfahren resultieren. Die Aufschlüsselung ergibt 65 % weibliche und 35 % männliche Antragsteller. Der Gesamtaufbau des Personals spiegelt sich in diesen Prozentzahlen wieder.

Frau Egler wirft ein, wenn mehr Anträge von Frauen gestellt und mehr Anträge von Männern erledigt wurden, kann etwas nicht stimmen.

Frau Kornmann fällt auf, dass sich zu diesem Thema nur Frauen zu Wort melden. Im Rahmen der Konsolidierung wird viel über Stellenabbau diskutiert, dies spricht sich bei den Bediensteten herum. Es wird sich gar mancher nicht trauen, wegen einer höheren Eingruppierung nachzufragen. Bei der Stadt Wetzlar existiert Personalreport, für den Lahn-Dill-Kreis wäre die Erstellung eines solchen Personalreports ebenfalls sinnvoll.

Herr Wagner teilt mit, dass seit 2004 ein Personalbericht existiert. Man hat sich seinerzeit darauf geeinigt, dass der Bericht lediglich dem Kreisausschuss vorgelegt werden soll, daher hat der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss ihn nicht gesehen. Es besteht seitens der Verwaltung sicher kein Problem, den Bericht in diesem Ausschuss zu diskutieren.

Frau Beimborn fällt auf, dass allein in dieser Runde alle höheren Positionen von Männern besetzt sind. Das macht die Personalsituation in der Kreisverwaltung deutlich. Der Frauenförderplan müsste sich unbedingt niederschlagen. Auch die Aussage von Herrn Wagner ist für sie nicht zufriedenstellend. Sie bittet, den Punkt 7 in dem Papier zwischen männlich und weiblich aufzuschlüsseln. Sie regt an, auch weitere Angaben möglichst zwischen Männern und Frauen aufzuschlüsseln. Sie bedauert sehr, dass bei der Beratung dieses Tagesordnungspunktes Herr Peter als Personalchef nicht mehr anwesend ist.

Herr Wagner teilt mit, dass die Zahl der Anträge für 2007 bisher bei insgesamt 43 liegt, wovon 15 Antragsteller männlich und 28 weiblich sind. Er erklärt, dass Herr Peter kann aufgrund eines Arzttermins an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes leider nicht teilnehmen kann.

Allerdings gehört die Abteilung Personal zu seiner Abteilung. Die Abteilung ist in Servicedienste aufgegliedert, wobei einer der Servicedienste Personal und Organisation beinhaltet.

Herr Beer hält es bei Nachvollziehen vieler von Frau Beimborn angesprochenen Punkte für falsch, Rückschlüsse zu ziehen, weil manche Anträge aus bestimmten Gründen anders behandelt wurden als andere. Es ist davon auszugehen, dass der Verwaltungsvorstand die Bediensteten nach Recht und Gesetz in die jeweiligen Ämter befördert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt **Ausschussvorsitzender H. Müller** den Tagesordnungspunkt.

Zu TOP 13

Verschiedenes

Herr Steinruck hat den Eindruck, dass durch die Streichung der Materialausgabestelle beim Lahn-Dill-Kreis, wodurch sicherlich Personal eingespart wurde, an anderer Stelle Personal mehr belastet wird. Die Auflage, bei Materialbestellungen das Internetportal heranzuziehen, um die günstigsten Angebote zu ermitteln, ist mit großem Aufwand verbunden. Er geht auf die Mindermengenaufgaben ein und sieht keine Möglichkeit, wie bei Bestellungen jedes einzelnen Produktes diese erreicht werden können. Er bezweifelt, dass diese Entscheidung eine sinnvolle Regelung ist. Er ist der Überzeugung, dass gerade an den dezentralen Stellen, wie z. B. an Schulen, eine erhebliche Mehrarbeit entsteht.

Herr Wagner erinnert, dass die Verwaltung im Rahmen einer Organisationsuntersuchung auch den Bereich der Materialverwaltung zu untersuchen hatte. Bei der vorherigen Handhabung wurden die Materialien in ein Lager eingestellt und es war eine Lagerbuchhaltung zu führen. Materialien z.B. für Schulen wurden zu Einstandspreisen dorthin transportiert. Es wurden weder Raumkosten noch Mitarbeiterkosten draufgeschlagen. Durch das Ausscheiden eines Mitarbeiters in der Materialverwaltung bestand die Möglichkeit, Personal abzubauen. Durch die Umstellung des Systems hat der jeweilige Mitarbeiter, der die Materialien bestellt, die Möglichkeit, unter den günstigsten Angeboten auszuwählen. Die Materialien werden direkt ins Haus geliefert, es ist keine Lagerbuchhaltung notwendig. Mit der Rechnung wird die Kostenstelle des Endverbrauchers direkt belastet. Die Umstellung ist zum 01. Januar 2007 vorgenommen worden. Es haben Schulungsveranstaltungen sowohl für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus, als auch in den Schulsekretariaten stattgefunden. Er bestätigt, dass seitens der Schulsekretariate andere Rückmeldungen kamen als aus dem Haus. Er ist der Auffassung, dass man einem solchen Verfahren eine Chance geben muss. Was Mindermengenzuschläge anbelangt, so wird man sicher Bestellungen etwas bündeln können. Es läuft ein Controllingmodul, dadurch ist kontrollierbar, welche Bestellungen vorgenommen werden. Nach einer gewissen Zeit sollen die bis dahin gemachten Erfahrungen ausgewertet werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich **Ausschussvorsitzender H. Müller** bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Hartmut Müller
Ausschussvorsitzender

Marina Biehl-Schneider
Schriftführerin